



NIEDERSCHRIFT

27. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität der Stadt Weiterstadt

11. Legislaturperiode 2021/2026

am	15. April 2024
im	Rathaus, Sitzungssaal Verneuil sur Seine, EG, Riedbahnstraße 6, 64331 Weiterstadt
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:30 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Gürkan, Benjamin
Harnischfeger, Lukas
Kurpiers, Christian
Zeyrek, Dorian Yusuf

CDU-Fraktion

Dürr, Ina
Nungesser, Werner

ALW-GRÜNE-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Sittig, Tim

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Fischer, Wilhelm

Magistrat

Hasenauer, Josef
Klein, Jutta
Möller, Ralf
Möllmann, Martin

Ausländerbeirat

Pennisi-Maniaci, Rosa

Seniorenbeirat

Glaser, Werner

Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Pohl, Bastian

Schriftführung

Latocha, Georg

Verwaltung

Merlau, Jürgen
Sauder, Beate

Presse

Eisenmann, Sabine

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität, Herr Kurpiers, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität vom 22. Februar 2024	
2. Bericht des Bürgermeisters	
3. Berichtswesen für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität	11/0194/12
4. DB Neubaustrecken - Parlamentarische Befassung (Bundestag)	11/0428/5
4.1. Ergänzende Forderungen	11/0428/6

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität vom 22. Februar 2024

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Bericht des Bürgermeisters

Die Beantwortung des Fragenkatalogs der ALW-GRÜNE-Fraktion zum Sachstandsbericht der Projektentwicklung 2023, Apfelbaumgarten II, Drucksache 11/0420/7 wird in der heutigen Sitzung vorgelegt.

Tagesordnungspunkt 3

Berichtswesen für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität

Drucksache: 11/0194/12

Der Magistrat hat die Drucksache gemäß § 10 der Geschäftsordnung direkt an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität überwiesen.

Von der SPD-Fraktion werden folgende Anmerkungen und Hinweise zum Bericht gegeben:

- a) Im Zusammenhang mit dem Projekt „Weiterstadt hat was auf dem Kasten“ (S. 2 des Berichtes) wird um Sachstandsbericht zur Drucksache 10/1071 im nächsten Bericht gebeten.
- b) Im Zusammenhang mit dem Thema Friedhofsneugestaltung Weiterstadt und Gräfenhausen (S. 9 des Berichtes) wird um Sachstandsbericht zur Drucksache 11/0125 durch den FB II im Ausschuss für Immobilien, Nachhaltigkeit, Natur- und Klimaschutz gebeten.
- c) Im Zusammenhang mit der IN3301-088 Umbau Vorplatz Bürgerhaus Schneppenhausen (S. 11 des Berichtes) wird auf noch ausstehende Arbeiten hingewiesen. Die ausstehenden Arbeiten an den gebäudenahen Außenanlagen werden nicht über die zitierte IN abgewickelt und von FB V Immobilienservice gesteuert. Im nächsten Bericht des FB V Immobilienservice wird über den Sachstand berichtet.
- d) In zukünftigen Berichten des FB III an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität soll über Maßnahmen zum Schutz vor Gefahren durch Starkregenereignisse berichtet werden.

Protokollnotiz zur IN3301-076 Umgestaltung Aufenthaltsbereich Roter Platz (S. 10 des Berichtes): Die Preisanfragen ergaben Kosten in Höhe von 99.750,00 € für Tiefbauarbeiten.

Der Ausschuss für Immobilien, Nachhaltigkeit, Natur- und Klimaschutz empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der in der Anlage vorgelegte Halbjahresbericht I/2024 für den Ausschuss Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 4
DB Neubaustrecken - Parlamentarische Befassung (Bundestag)
Drucksache: 11/0428/5

Tagesordnungspunkt 4.1
Ergänzende Forderungen
Drucksache: 11/0428/6

Der Magistrat hat gemäß § 10 der Geschäftsordnung die Drucksache 11/0428/5 an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität überwiesen.
Weiterhin wurde die Drucksache 11/0428/6 nachgereicht.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Gäste Frau Rain Dr. Voigtländer und Frau Rain Walliczek-Eduardo von der Kanzlei FPS, Frankfurt und Herrn Kohnen von Kohnen Berater & Ingenieure, Freinsheim.

Herr Bürgermeister Möller umreist das Thema ICE-Neubaustrecke Frankfurt am Main/Mannheim, ordnet die heutigen Vorlagen in den politischen Gesamtzusammenhang der Position der Stadt Weiterstadt zur Planung der DB AG ein und weist darauf hin, dass durch die Beschlussfassung zu den Übergesetzlichen Schutzforderungen nicht eine Zustimmung zur Variantenentscheidung verbunden ist.

Frau Rain Dr. Voigtländer und Frau Rain Walliczek-Eduardo von der Kanzlei FPS, Frankfurt, die die Stadt in diesem Thema planungsrechtlich beraten, stellen eine Präsentation vor, in der die „Parlamentarische Befassung“ in einen Planungsrechtlichen Zusammenhang gestellt wird.
Herr Kohnen von Kohnen Berater & Ingenieure, Freinsheim, der die Stadt in Schalltechnischen Fragen berät stellt eine Präsentation der Schallberechnungen zum Status Quo und zu der Situation mit den übergesetzlichen Schutzmaßnahmen vor.

Des Weiteren stellt Herr Kohnen in Vertretung für Herrn Schuk die Präsentation des Büros VWI, Stuttgart, vor mit der die Auswirkungen der bautechnischen Planungsvarianten zum Beschlusspunkt 3 verdeutlicht werden.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion an.

Von der SPD-Fraktion wird vorgeschlagen im Beschlusspunkt 3 den zweiten Satz in folgender Fassung zu beschließen:

Für diesen Streckenabschnitt ist eine geschlossene bzw. bergmännische Bauweise umzusetzen.
Von Bürgermeister Möller wird angeregt den Begriff „Trog“ durch „Tunnel in offener Bauweise“ zu ersetzen.

Des Weiteren soll die Höhe der Lärmschutzwände in Beschlusspunkt 1 entsprechend der Präsentation von Herrn Kohnen mit konkret 6 m gefordert werden.

Aus den Vorschlägen ergibt sich folgender konsolidierter Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. An der Bestandsstrecke der Rhein-Main-Bahn südlich von Braunshardt sind zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner aktive Schallschutzmaßnahmen am Schienenweg wie insbesondere Lärmschutzwände von 6 m Höhe bis zum westlichen Ortsrand von Braunshardt zuzüglich einer Überstandslänge nach Westen von 150 m gemessen vom westlichsten Gebäude zu errichten sowie passive Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden vorzusehen. Außerdem sind in diesem Streckenabschnitt sogenannte „Besonders Überwachte Gleise (BÜG)“ einzurichten und sog. Schienenstegdämpfer einzubauen, um die Rollgeräusche der Züge zu minimieren. Das BÜG und die Schienenstegdämpfer sollen für den gesamten Ausbau- und Neubaubereich und daran anschließend bis zum westlichen Ortsrand von Braunshardt zuzüglich einer Überstandslänge nach Westen von 150m gemessen vom westlichsten Gebäude eingerichtet werden.
2. Die ICE Neubaustrecke führt östlich der Autobahn A 5 an Gräfenhausen vorbei. Die aktuelle Planung der DB sieht vor, dass zwischen A 5 und Neubaustrecke eine Lärmschutzwand errichtet werden soll, um die Bevölkerung vor dem Schienenlärm der Neubaustrecke zu schützen. Zusätzlich zu dieser Lärmschutzwand soll ein Wall zwischen Gräfenhausen und der A 5 aus den Erdmassen errichtet werden, die im Zuge der Baumaßnahme anfallen. Der Massenverbringungswall ist zum Schutz der Bevölkerung und zur Verbesserung der Auswirkungen des Gesamtlärms (Auto, Schiene, Flugzeuge) in Gräfenhausen nicht nur als Massenverbringung sondern als aktive Lärmschutzmaßnahme mit einer Höhe von 3,50 m ab Fahrbahnoberkante in die Planung aufzunehmen.
3. Die aktuelle Planung der DB sieht vor, dass die ICE Neubaustrecke zwischen Autobahn A5 und dem bestehenden Gewerbegebiet im Osten Weiterstadts in einem Tunnel verläuft, der in offener Bauweise errichtet werden soll. Für diesen Streckenabschnitt ist eine geschlossene bzw. bergmännische Bauweise umzusetzen. Durch den geschlossenen oder bergmännischen Tunnel erfolgt zum einen ein besserer Lärmschutz, da der Tunnel aufgrund der tieferen Lage insgesamt eine längere unterirdische Streckenführung bedeutet. Zum anderen führt die geplante offene Bauweise während der Bauzeit aufgrund der beengten örtlichen Verhältnisse in diesem Streckenabschnitt zu erheblichen bauzeitlichen Einschränkungen der Infrastruktur und zu einem größeren Flächenbedarf. Bei dieser Bauweise ist insbesondere in Bezug auf ÖPNV, Anfahrtszeiten der Feuerwehr im Stadtgebiet, Nahversorgung, Erreichbarkeit der Gewerbebetriebe während der Bauzeit daher mit sehr langfristigen Einschränkungen zu rechnen.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Forderungen sowie ggf. weitere Forderungen mitsamt der bereits mit den Beratern vorabgestimmten fachlichen Begründungen für die Stadt Weiterstadt in der Parlamentarischen Befassung geltend gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Christian Kurpiers
Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführung